

Stürzt die Kohl-Regierung!

Für SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!

Vor genau drei Jahren versprach die Kohl-Regierung großspurig einen neuen Wirtschaftsaufschwung und den Abbau der Arbeitslosigkeit. Aber schon in seiner Regierungserklärung 1982 sagte Kohl: „Das, was Rentnern, Sozialhilfeempfängern, Beamten u.a. zugemutet werden muß, muß für alle gelten.“ — Alle, außer den Unternehmern.

Es fand von Beginn an eine milliardenschwere Umverteilung von unten nach oben statt. Die Kohl-Regierung forcierte mit ihrer Politik, daß das Kapital schwindelerregende Gewinne einheimen konnte. Der Lebensstandard der Massen sank rapide herab, die Löhne gingen nach unten, das Arbeitslosengeld und die Renten wurden rigoros gekürzt. Der Sozialabbau wird skrupellos vorwärtsgetrieben.

Umverteilung

Sozialabbau und Umverteilung machten im Zeitraum von 1982-85 mehr als 210 Milliarden DM aus. Ein vierköpfiger Arbeitnehmerhaushalt, wo der Alleinverdiener 2500 DM brutto verdient, wird durch die Sparmaßnahmen 82-84 mit monatlich 321,65 DM mehr belastet. Im gleichen Zeitraum wurden die Unternehmer direkt um 9 Milliarden DM entlastet. Von dem Miniaufschwüngen in diesem Jahr profitierten also nur die Reichen.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Der Chemiekonzern BASF befindet sich gerade im Einkaufsrausch und erwarb innerhalb kürzester Zeit einige ausländische Konzerne für läppische 3 Milliarden DM. Demgegenüber werden die Armen in unserer Gesellschaft immer ärmer und können gerade für den Erhalt ihrer eigenen Existenz sorgen.

Weit über 3,5 Millionen Arbeitslose (inoffiziell), das hat es seit Kriegsende noch nicht gegeben. Die Kohl-Regierung ist unfähig, dem Heer der Arbeitslosen Arbeitsplätze

zu verschaffen, unfähig, der weiter fortschreitenden Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Statt dessen geht sie bei den Unternehmern um ein paar Arbeitsplätze betteln. Neuerdings sitzt sie sogar mit Unternehmern und Gewerkschaften an einem Tisch, um herauszufinden, wie man die menschliche Arbeitskraft noch mehr ausbeuten kann.

Schon jetzt im Mini-Aufschwung brechen viele Betriebe zusammen, rationalisieren Konzerne hunderte von Arbeitsplätzen weg. Wie wird das erst in der kommenden Krise aussehen? Kohl und Kapital wissen ganz genau, daß dann nur noch weitere härtere Angriffe auf die Arbeiterklasse die Profite garantieren können. Sie wissen aber auch, daß die Arbeiter und ihre Organisationen sich das nicht gefallen lassen können.

Kampfkraft

So wurde ein ganzes Gesetzespaket entworfen, um die Rechte der Arbeiter, über 100 Jahre von diesen erkämpft, abzubauen und die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen — Verschlechterung im Jugendarbeitsschutzgesetz, Frauenarbeitsgesetz, Schwerbehindertengesetz; das neue „Beschäftigungsförderungsgesetz“ und das geänderte Betriebsverfassungsgesetz. Alles nach dem Motto: „Bei der Verwirklichung von Sparmaßnahmen muß besonders darauf geachtet werden, daß die großen Organisationen, die über die entsprechenden Droh- und Störpotentiale verfügen, sich nicht zu Lasten der Nicht-Organisierten



SPD und DGB müssen Neuwahlen durchsetzen

oder der Minderheiten durchsetzen.“ (CDU-Wahlkampfbroschüre 1983)

Die Mehrheit der Bevölkerung ist mittlerweile entschieden gegen die Kohl-Regierung — wie sich bei den Wahlen in NRW und im Saarland gezeigt hat. Die letzten Umfragen zeigen, daß sich dieser Trend noch deutlich verstärkt hat. Vor allem die Beteiligung an der vom DGB organisierten Aktionswoche macht klar: Die Führungen von SPD und Gewerkschaften müssen auf Grundlage eines sozialistischen Programms für den Sturz der Kohlregierung kämpfen.

Renate Kayitare, Aachen
Jungsozialistin

„Wir sind eine Macht. Wenn wir nur einig und kämpferisch sind, können wir diese Regierung zum Teufel jagen.“ So sehen es in diesen Tagen viele Kollegen, die an den gewerkschaftlichen Massenveranstaltungen teilnehmen. Selbst das Sprachrohr des Großkapitals, die Frankfurter Allgemeine, zeigt Respekt vor der Macht der Gewerkschaften: „Sie können mit einem Streik die Wirtschaft oder Teile davon lahmlegen; damit besitzen sie ein Pressionsinstrument sogar gegen Regierungen wie keine andere Gruppe sonst.“ (FAZ 15.8.85)

Die Spitzengespräche zwischen DGB und Regierung Anfang September haben allenfalls Eines gebracht: eine Atempause und Schonfrist für die Kohlregierung! Mit moralischen Apellen und höflicher

Diplomatie hat die Arbeiterbewegung noch nie Zugeständnisse und Errungenschaften erlangt. Nur durch volle kämpferische Mobilisierung können die Interessen der Mitglieder durchgesetzt werden. Die 7,5 Millionen organisierten DGB-Gewerkschafter sind zusammen mit ihren Familien die potentiell stärkste Kraft in der Gesellschaft!

Die Demonstrationen und Kundgebungen sind ein sehr wichtiger und begrüßenswerter Schritt. Zehntausende und Hunderttausende wurden gegen die Regierung mobilisiert — viele von ihnen wurden damit zum ersten Mal politisch aktiv. Jetzt dürfen wir dabei nicht stehenbleiben.

Weiter auf Seite 8.

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung

für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint im zwölften Jahrgang

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/ 13 45 04

Bankverbindung: PschA Essen, Konto Nr. 2500 59-430

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing

Druck: Farbo-Druck, Bischoffsweg 48-50, 5000 Köln

Arbeit durch Umweltschutz

Mit dem Niedergang der Raffinerien wurden in diesem Jahr in der Mineralölbranche schon mehrere hundert Arbeitsplätze vernichtet, u.a. 300 bei der Mobil-Raffinerie in Wilhelmshaven, 450 bei Esso Hamburg, 350 bei Esso Köln. Und: „Mit jedem Arbeitsplatz in der Raffinerie gehen vier weitere im Umland bei Dienstleistungs- und Zulieferbetrieben verloren“, so der Hamburger Betriebsrat von Esso.

Doch einige sind über diesen Arbeitsplatzabbau alles andere als betrübt: die Grünen, Alternativen und ihr Umfeld. Wie schon im Fall der Chemiefirma Boehringer, wo die Hamburger Grünen den „Skalp der Arbeitsplätze“ zum Schutz der Umwelt forderten, feixte auch beim Raffineriesterben die den Grünen nahestehende „Tageszeitung“ in einem Kommentar: „Kapital sei Dank. Hamburg kann aufatmen. Ein Wunder ist geschehen. 2.500 jährliche Tonnen Schwefeldioxid verabschieden sich“ und empfahl einen „Esso-Dankgottesdienst im Hamburger Michel“.

Grüne: Marktwirtschaftliche Regeln

Es sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, daß sich Arbeitsplätze und Umweltschutz nicht gegenseitig ausschließen müssen. Doch solche zynischen Kommentare und arbeitsplatz-feindlichen Äußerungen der Grünen müssen die Arbeiter vor den Kopf stoßen. Kein Wunder, daß es den Unternehmern und den Rechten immer wieder gelingt, Arbeitnehmer gegen Umweltschützer auszuspielen.

Nach marktwirtschaftlichen Regeln stimmt die Rechnung schon: Entschwefelung kostet Geld; die Kosten werden auf die Preise abgewälzt oder durch Abbau von Arbeitsplätzen erkaufte — wenn die Firma nicht ohnehin ganz mit Schließung droht, um mißliebige Umweltauflagen abzuwehren. Oder: Giftproduktion einstellen bedeutet in der „freien“ Marktwirtschaft: Firma schließen, Arbeitsplätze vernichten.

Aber warum müssen wir diese marktwirtschaftlichen, das heißt kapitalistischen Regeln hinnehmen? Die Grünen verfangen sich einfach in der kapitalistischen Argumentation: Sie fordern Schließung, Stopp von Giftproduktion — ohne Alternativen für die Arbeitsplätze aufzuzeigen.

Doch diese Alternativen gibt es — allerdings entsprechen sie nicht unbedingt unternehmerischen Denkweisen.

Wenn die Produktion unter Leitung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen erfolgt, ist eine wirksame Kontrolle von innen her möglich; die Beschäftigten wissen am besten, welche menschen- und umweltgefährlichen Produktionsweisen, Arbeitsbedingungen und Abfälle bestehen. Gefährliche Produkte und Produktionsverfahren können so erkannt, gegebenenfalls eingestellt, abgewandelt oder ersetzt werden. Ähnliches gab es bereits in der Rüstungsindustrie: In mehreren Rüstungsbetrieben und Werften Norddeutschlands hatte die IG Metall in Zusammenarbeit mit Arbeitern, Technikern und Ingenieuren betriebliche Arbeitskreise gebildet, die eine alternative Produktionspalette entwickelten, die auf denselben Anlagen hätte hergestellt werden können (statt Kriegsschiffe und sonstige Rüstungsgüter).

Enteignen

Auch in der chemischen Industrie ist dies möglich; finanzielle Mittel zur Erforschung umweltfreundlicher Produkte und Verfahren müßten bereitgestellt werden. Dabei ist eins entscheidend: Die Arbeiter und Beschäftigten dürfen nicht zur Kasse gebeten werden! Vielmehr sind die Geschäftsbücher zu öffnen und die oft riesigen Gewinne aus dem fahrlässigen Umgang mit unserer Gesundheit zur Finanzierung heranzuziehen. Natürlich ist jede Giftproduktion sofort zu stoppen — aber Löhne und Gehälter müssen weitergezahlt werden. Weigert sich das Unternehmen, so muß seine Enteignung und Überführung in öffentliches Eigentum gefordert werden. Die Gesundheit der Bevölkerung ist allemal wichtiger als Privateigentum und Profite Weniger. (An der Weigerung der Unternehmer und Manager sind übrigens auch alle alternativen Produktions-Ideen in den Rüstungsbetrieben gescheitert.)

In der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus zählt nur der Profit des Einzelbetriebes. Gesellschaftliche Folgekosten wie Beseitigung von Umweltschäden, erhöhte Krankheitshäufigkeit und mehr Ausgaben im Gesundheitswesen, fallen den Unternehmern nicht zu Last. Dies kann nicht hingenommen werden. Die Wirtschaft muß nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit geplant werden. Das geht nur im großen Rahmen auf der Grundlage von sozialisierten Betrieben, in einer demokratisch gelenkten Wirtschaftsordnung. Dann ist es möglich, umweltfreundlich zu produzieren, die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen, den gemeinsam erwirtschafteten Reichtum in Umweltschutzprogramme zu investieren. Für ein solches, sozialistisches Programm müssen wir uns in den Gewerkschaften und in der SPD einsetzen.

Bestellt bei uns die neue VORAN-Broschüre:
ARBEIT UND UMWELT

KAMPFFONDS

Vorwärts mit Voran

Die Zweifel um die Zukunft der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ zeigt, in welcher mißlichen Lage unsere Partei sich gegenwärtig befindet. Der vor kurzem zurückgetretene Schatzmeister Wischniewski hatte sogar dafür plädiert, aus finanziellen Gründen die Herausgabe des „Vorwärts“ einzustellen und nur noch eine (Monats-)Zeitschrift herauszubringen. Man bedenke, daß um die Jahrhundertwende dieselbe SPD ca. 90 Tageszeitungen herausbrachte! Damals war die Partei gewiß nicht reicher als heute: nur sie wußte den politischen Wert einer sozialistischen Presse zu schätzen und stellte die nötigen Finanzen dafür zur Verfügung.

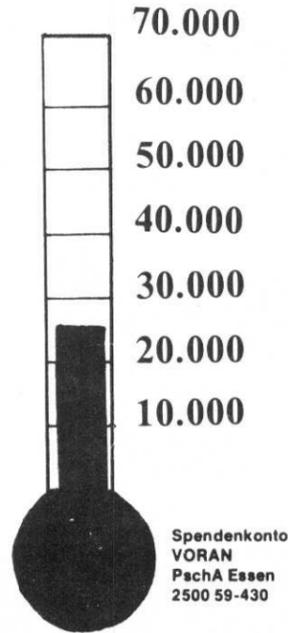
1985 steigt die SPD wieder in der Wählergunst und liegt klar vor den Koalitionsparteien. Ihre Aufgabe ist klar: die im DGB organisierten Arbeiter und ihre eigenen Wähler hinter sich und ein sozialistisches Programm zu mobilisieren, um die Kohl-Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Eine großangelegte Presse- und Aufklärungskampagne wäre dazu nötig; stattdessen überlegt sich die SPD, ihre Presse eher abzubauen!

Heute mehr denn je brauchen wir eine marxistische Zeitung, die den Arbeitern die Wahrheit über den kapitalistischen Alltag enthüllt, ihnen ihre eigene Stärke klarmacht und ein sozialistisches Programm anbietet. VORAN ist die Zeitung, die diese Aufgabe erfüllt. Sie ist auch eine Zeitung mit Zukunft, denn ihr Inhalt entspricht den täglichen Erfahrungen

der Arbeiter und Jugendlichen im Kapitalismus und bietet ihnen eine echte Alternative. Du kannst mit deiner Spende die Zukunft der VORAN absichern und dazu beitragen, daß sie immer größer, besser und öfter erscheinen wird!

Unter anderem haben folgende Leser diesmal gespendet:

- Bert Folkens, Bremerhaven, DM 100,-
- Christian Gerth, Lehrling — Köln: DM 4,-



R. Schauff, Gelsenkirchen: DM 5,-
H. Sommer, Juso — Stuttgart: DM 40,- (in Form von — nichtgepanschem! — Wein)

Birgit u. Thomas Orr (Mutter u. Sohn) — Freiburg: DM 45,-
M. Engelhardt, Aachen: DM 5,-

Außerdem haben unter anderem folgende Aktivitäten zugunsten unseres Kampffonds stattgefunden:

Überschüsse vom Zeitungsverkauf in Aachen: DM 71,83

Videoabend in Bremerhaven: DM 17,-

Zimmervermietung in Duisburg: 15,-

Photoverkauf in Hamburg: 10,-

Flohmarkt-Reinerlös in Köln: 279,10

Verkauf eines franz. Bettes in Lübeck: DM 250,-!

„Baby-Wette“ in Remscheid: bisher DM 111,- (Tendenz steigend!)

„Banana-Braten“ in Stuttgart: DM 37,-

Wette zur Schweden-Wahl, auch Stuttgart: DM 20,-

Eine marxistische Tageszeitung ist heutzutage eine politische Notwendigkeit. Mit diesem Ziel vor Augen hatten wir bei der Gründung unserer Zeitung einen „Kampffonds“ angelegt. Wir haben in diesem Jahr fast soviel gesammelt DM 26.000,- wie im ganzen Jahr 1984! Aber es bleibt uns noch mit DM 44.000,- der große Teil zu sammeln, und alle Leser sind hiermit zur großen „Jahresendoffensive“ aufgerufen!

Fiz Garvie
Redaktion Köln

LESER BRIEFE

„Dostluk, das heißt Freundschaft“



Ausländische Arbeitnehmer: Wenn sie überhaupt noch Arbeit kriegen, dann schlechte und zu niedrigen Löhnen. Sie sollen schuld sein an den 3 Millionen Arbeitslosen?

Dostluk ist türkisch, und so heißt auch eine türkisch-deutsche Zeitung, die seit Dezember 1983 bei uns in Wilhelmshaven erscheint. Ihr Bestreben geht dahin, Verständnis für die Gastarbeiter in der BRD hervorzurufen und Kontakte zur reichen Vereinslandschaft in Wilhelmshaven zu knüpfen. Dabei ging es zum Beispiel um Fußballfreundschaftsspiele und ähnliches.

Vor 21 Jahren wurde der einmillionste Gastarbeiter noch persönlich empfangen und erhielt bei der Gelegenheit ein Moped und einen Blumenstrauß. Heute häufen sich wieder neonazistische Parolen, mal ganz abgesehen vom sogenannten Rückkehrförderungsgesetz der CDU/CSU. Wie erklärt sich dieser Sinneswandel?

Wirtschaftliche Rezessionen, Kürzungen im sozialen Netz, die Konzentration ethnischer Gruppen in bestimmten Wohnvierteln wie zum Beispiel der Türken, die laut Umfragen und eigenen Erfahrungen der einheimischen Bevölkerung besonders bedrohlich erscheint, sind nur einige Stichworte dieser Art „Wende“. Weitverbreitete Vorurteile besonders gegen die fremde Kultur der türkischen Gastarbeiter und Geschichten vom „Hörensagen“ verbessern das Verhältnis nicht.

Die steigende Zahl von arbeitslosen Ausländern und die rückläufige Zuwanderungsbilanz der letzten Jahre schwächen das Hauptargument vieler deutscher „Musterbürger“: „Die klauen uns den Job.“ Welchen Job denn? Die Ursachen



liegen woanders! Der Anteil der Gastarbeiter an der Gesamtbevölkerung liegt bei knapp 8%, über 11% davon sind „Sozialfälle“, über 13% der Arbeitslosen allgemein sind Ausländer.

Mit Kindergeld jedenfalls kann man keine Kinder, geschweige denn eine ganze Familie über Wasser halten. Auf dem freien Wohnungsmarkt gibt es Vieles zu beklagen: Enge, schlechte und teure Wohnungen, schlechte Wohnlage, Ablehnung in vielen Fällen — das ist das Schicksal in erster Linie der Ausländer in der Bundesrepublik. Und damit ist die Palette der Probleme noch lange nicht vollständig. Der Artikel 5 des Grundgesetzes kann sogar für sie durch behördliche Verfügung aufgehoben werden.

Das soll erst mal genügen, um rechtskonservative und -extremistische Anhänger auch in diesem Punkt zu widerlegen! Wer baut diese Vorurteile eigentlich auf, wenn von 100 Bundesbürgern 71 praktisch nie Kontakt zu ausländischen Mitbürgern hatten? Wann wird der letzte erkennen, wie die Dinge liegen? Daß nicht der ausländische Kollege unser Gegner ist, sondern daß wir alle von den Unternehmern ausgenutzt und „abgeschoben“ werden, wenn wir nicht mehr profitabel sind?

Also lieber gleich für Rücken- deckung sorgen und sich solidarisieren... mit den Ausländern!

Robert Hinkes, Friedeburg
Jungsozialist

Gegen Einsamkeit und Not:

Materielle Absicherung für Alleinerziehende

Unsere Frauenbewegung beschränkt sich darauf, die formale Gleichstellung der Frau mit dem Mann auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durchsetzen zu wollen und die Vorrechte des Mannes zu bekämpfen. Sie tritt für Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems ein. Doch nur in einer sozialistischen Gesellschaft kann eine wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleistet werden.

Alleinerziehende Mütter sind eine der benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft. Diese Mütter haben sowohl finanzielle wie auch gesellschaftliche Schwierigkeiten. Oft sind sie in totaler finanzieller Abhängigkeit vom Vater ihres Kindes. Die Mutter muß — vor allem, wenn ihr Kind noch klein ist — zuhause bleiben, denn es fehlt an Kindertagesstätten (Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen), um so der Mutter zu ermöglichen, eine Arbeit anzunehmen.

Eine alleinstehende Mutter ist in ihrer Kleinwohnung oft isoliert. Für die Mutter wie für die Kinder wäre eine Wohngemeinschaft vorteilhaft, sowohl aus ökonomischer wie auch aus gesellschaftlicher Sicht. Ich wollte deshalb mit einer Freundin zusammenziehen. Aber unser Staat fördert Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen und bietet Alleinerziehenden nur eine Sozialwohnung an, in der es nicht erlaubt ist, mit einer anderen Frau, oder mit der Mutter zum Beispiel, zusammenzuleben.

Für eine alleinerziehende Mutter ist es kaum möglich, sich aktiv am

gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Denn zuerst kommt das Problem: Wer kann auf mein Kind bzw. die Kinder aufpassen? Und anschließend meldet sich das schlechte Gewissen: eine unverantwortliche Mutter zu sein. Hätte ich nicht meine Eltern, die sich um mein Kind kümmern, könnte ich nie auf politische Veranstaltungen gehen. Auch an Seminaren könnte ich nicht teilnehmen, weil meist keine Kinderbetreuung organisiert wird. Solange die Mutter an Hausarbeit und Kinder gekettet ist, kann sie weder am politischen noch am sozialen Leben teilnehmen.

Wir brauchen:

Die Hauptforderungen der Frauenbewegung führen gewiß in die Richtung des Sozialismus, indem sie die Vorstellung vertreten, daß die Funktionen der Familie (Kinderfürsorge, Kochen, Waschen, Reinigung usw.) „sozialisiert“ werden sollten, d.h. für jeden frei verfügbar und unabhängig vom Profitinteresse gemeinschaftlich organisiert. Wir for-



Statt alleine — gemeinsam: Kochen, waschen, auf Kinder aufpassen...

- dern deshalb:
 - Der Begriff „uneheliches Kind“ muß abgeschafft werden
 - Die Scheidung ist auf Gesuch eines Partners möglich (heute ist die Scheidung eine teure und zähe Gerichtsprozedur, die sich viele nicht leisten können oder die sie von diesem oft notwendigen Schritt abschreckt)
 - für Kinder von Erwerbstätigen müssen Kinderkrippen in ausreichender Zahl vorhanden sein
 - ein ausreichendes Angebot an Ganztagschulen ist zu schaffen
 - für alle Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren muß ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen. Diese Kindertagesstätten müssen die bestmögliche Förderung der Kinder gewährleisten und vor allem kostenlos angeboten werden
 - die 35-Stunden-Woche (mindestens) bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen
 - Wohngemeinschaften zu fördern. Dazu müssen vom Staat aus größere Wohnungen angeboten und gefördert werden
 - materielle Absicherung jeder Mutter, die ihr Kind bekommen möchte
 - Erziehungsjahr entweder für Mutter oder Vater bei voller Lohnfortzahlung
 - Schaffung staatlicher, dem Fortschritt entsprechende Wäschereien und Restaurants.
- Frauenfragen sind Klassenfragen! Deshalb laßt uns, Frauen wie Männer, für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen!

Jungsozialistin und alleinerziehende Mutter

Bücher ♦ Bücher ♦ Bücher...r.

Wer schützt wen?

Will jemand in der BRD z.B. Postbeamter werden, wird er von Kopf bis Fuß durchleuchtet, ob er auch ja verfassungstreu ist, in allen Bereichen seines Lebens wird herumgeschnüffelt. Stellt sich dann noch heraus, daß er der DKP oder einer anderen linken Gruppierung angehört, wird ein Berufsverbot über ihn verhängt. Diese Einschränkung der Grundrechte wird damit erklärt, daß ein Linker im öffentlichen Dienst die Staatsicherheit gefährdet.

In Unternehmerkreisen und bei staatlichen Behörden kursieren „Schwarze Listen“. Darauf sind aktive Gewerkschafter(innen), politisch linksgerichtete Arbeiter(innen), unbequeme Jugendvertreter(innen) und Betriebsräte vermerkt. Alleine in Bremen, Niedersachsen und Nordrheinwestfalen wurden vor einigen Jahren 30.000 Betriebsräte vom Verfassungsschutz „routinemäßig“ überprüft.

Innerer Feind

Auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sieht es nicht besser aus: an der Uni, bei Demonstrationen und Streiks, in Jugendzentren — überall schnüffeln Verfassungsschutz, „Jugendpolizei“ und „Kontaktbereichsbeamte“ herum. Trotz Postgeheimnis werden Telefone abgehört und Briefe geöffnet, in den Computern des BKA und des Verfassungsschutzes sind hunderttausende von Namen gespeichert. Aktionen wie die Volkszählung und der neue Personalausweis sollen die Bürger „durchsichtig“ machen, angeblich, um mehr Sicherheit für den Staat zu gewährleisten.

Man kann sehen, überall in „unserem“ Staate wird fleißig gearbeitet, um Sicherheit zu produzieren. Die Folgen davon sind, daß in allen Bereichen der Gesellschaft Menschen durchleuchtet und über-

prüft werden. In allen Bereichen? Nein, es gibt einige wenige rühmliche Ausnahmen. In den Geheimdiensten selbst und in den höchsten militärischen und politischen Gremien genießt der Bürger noch seine vollen demokratischen Freiheiten, nur hier hat er das Recht, das Geld und die Politik der SED der Verteidigung der Marktwirtschaft vorzuziehen.

Uns kann es ja eigentlich egal sein, wieviel DDR-Spione in Bonn sitzen, und so hat die Bonner Spionageaffäre bei den meisten Leuten eher Bestätigung und Schadenfreude als Besorgnis ausgelöst. Auffallend ist bloß, daß die Unterwanderung durch DDR-Agenten anscheinend auch unseren „Staatschützern“ scheinbar egal ist, denn sonst hätte solch eine Panne niemals passieren können. Offensichtlich ist, daß weniger Zeit und Geld für die Überprüfung von Geheimdienstleuten aufgewendet wurde als dafür, herauszubekommen, ob ein angehender Postbeamter irgendwann zufällig eine DKP-Veranstaltung besucht hat.

Unser Staat?

Bundesgrenzschutz und Bundeswehr beschützen den Staat nicht vor äußeren Feinden, sondern ihn und die Kapitalisten vor der Mehrheit der Bevölkerung. Daher ist es für die Nachrichtendienste wichtiger, Linke und Gewerkschafter zu bespitzeln und den Bundesgrenzschutz auf die Niederschlagung von Streiks zu trainieren (Manöver im Frühjahr 84!), als DDR-Spione zu entlarven. Sie wissen ganz genau, daß die Arbeiterbewegung eine viel größere Bedrohung für den Staat darstellt als die DDR

Claus Ludwig, Bremerhaven Jungsozialist

UdSSR:

Arbeiterwiderstand



Arbeiteraufstand Prag 68 — Zukunftsperspektive auch für die UdSSR

Die Versuche der Arbeiter, die Bürokratie zu stürzen, sind bekannt: 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 im Prager Frühling, 1970 in Polen und dann die große Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980/81. Doch die zahlreichen Aktivitäten der sowjetischen Arbeiterklasse gegen die stalinistische Kreml-Bürokratie sind bislang wenig dargestellt worden.

Schlögel wertet sehr ausführlich die Untergrundliteratur (Samizdat) aus. In der Zeit der stalinistischen Terrorherrschaft fanden die Kapitalisten die besten Argumente gegen sozialistische Bestrebungen der Arbeiter im eigenen Land.

Bürokratie

Trotz der Herrschaft der Bürokratie schaffte es die Sowjetunion wegen des großen Vorteils einer geplanten Wirtschaft, zur zweitstärksten Industriemacht zu werden. Die Industrialisierung wurde jedoch mit unmenschlichen Härten erzwungen. Ein Faktor war dabei die Zwangsar-

beit. Die härtesten Arbeiten (Bergbau, Straßenbau, Holzwirtschaft, Eisenbahnbau usw.) wurden von Gefangenen der Arbeitslager verrichtet. Dieser rücksichtslose Raubbau führte schon in den dreißiger Jahren zu Protesten, die vor allem von Anhängern der linken, antistalinistischen Opposition der KP geführt wurden.

Widerstand

Nach dem Krieg gab es auch in der UdSSR eine revolutionäre Nachkriegswelle. Vor allem die Arbeiter in den sibirischen Lagern forderten bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Die sogenannte „Entstalinisierung“ nach dem Tode Stalins war ein Zugeständnis der Bürokratie an die Arbeiter, um die Unzufriedenheit abzdämpfen. In den größten Lagern kam es zu Streiks und regelrechten, zum Teil bewaffneten Aufständen, z.B. in Noril'sk, Vorkuta und Kingir. Die Aktivitäten fanden die Sympathie der Arbeiter außerhalb der Lager. Internationale Er-

eignisse wie der ostdeutsche Arbeiteraufstand 1953 sprachen sich herum und ermunterten die Gefangenen: Ausdrücklich zu nennen ist die grundsätzliche Befürwortung der Planwirtschaft und des Sozialismus bei den Protesten. Die Willkürherrschaft der Bürokratie zog den Haß auf sich.

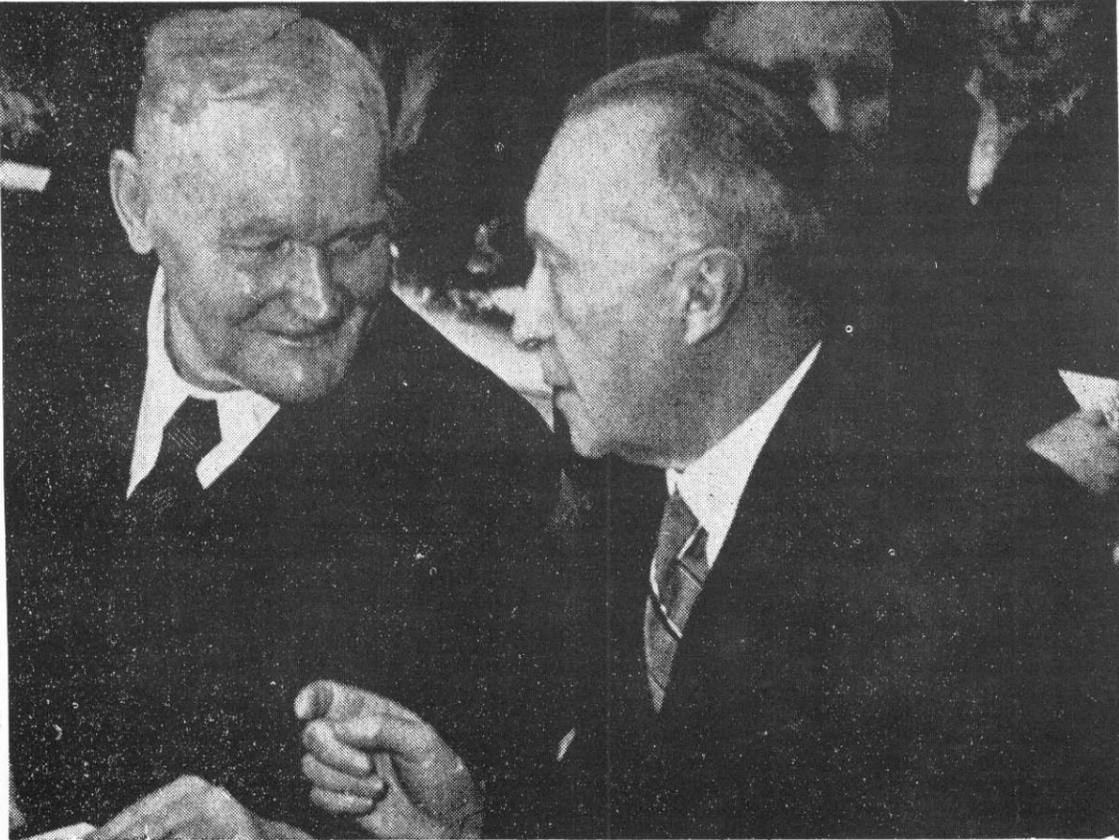
In späteren Jahren hat es vor allem noch mehrere Versuche zur Gründung freier Gewerkschaften gegeben, die allerdings bislang noch nicht den Massencharakter wie in Polen annahmen. Die Aktivisten in dieser Bewegung setzten sich recht deutlich von den Dissidenten ab, die bei berechtigter Kritik am Stalinismus auch den Sozialismus grundsätzlich in Zweifel zogen. Eins ist

Tradition

sicher: Im Untergrund in der Sowjetunion sind kritische Arbeiter aktiv. Das Proletariat in der UdSSR hat die Oktoberrevolution durchgeführt und diese Traditionen werden in den nächsten Jahren eine Rolle spielen. Und wenn die russischen Arbeiter sich gegen die Bürokratie auflehnen und die wahren Traditionen des Bolschewismus wieder aufleben lassen, schlägt die Stunde der politischen Revolution im ganzen Ostblock. Karl Schlögel liefert dazu wichtige Informationen durch die Darstellung der bisherigen Protestaktionen. Im Anhang finden sich interessante Interviews mit Arbeiteraktivisten.

Leo Schiffer, SPD-Mitglied
 Buchbesprechung
 Karl Schlögel: Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953 bis 1983
 Hamburg 1984, Junius-Verlag, 38 DM

Vom „Wirtschaftsv



Sozialpartner bei der Arbeit: DGB-Chef Böckler und Bundeskanzler Adenauer.

Die Gewerkschaften mobilisieren zu einer Aktionswoche gegen die arbeiterfeindliche Politik der CDU-Regierung. Den Höhepunkt bilden Massendemonstrationen in den deutschen Großstädten. Der Erfolg dieser Aktivitäten zeigt die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einem klaren Programm und einer entschlossenen Führung bewaffnet wäre die Arbeiterklasse in der Lage, die Gesellschaft nach ihren Wünschen zu verändern.

Wie werden sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern? Was kommt mit der nächsten Wirtschaftsrezession auf uns zu und was sind die Aufgaben der organisierten Arbeiterbewegung dabei?

Wenn die CDU/CSU/FDP-Regierung nach den Worten Helmut Kohls die „derzeit erfolgreichste Regierung der Welt“ ist, so kann das über das völlige Scheitern der Politik der Unternehmerparteien nicht hinwegtäuschen. Das liegt nicht am guten oder schlechten Willen der Regierung, sondern zeigt, daß auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse kein Fortschritt mehr möglich ist. Die Zeit des großen Wirtschaftsbooms nach dem Krieg ist endgültig vorüber.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Grenzen der Nationalstaaten hemmen die Weiterentwicklung. 500 Monopole kontrollieren den größten Teil des Weltmarktes. Die Produktionskapazitäten der Industrie werden im Aufschwung nur zu 80%, in der Krise nur zu 70% ausgelastet. Die Gesellschaft gerät in die Krise, Massenarbeitslosigkeit, Not und Elend entstehen, nicht etwa weil sie zu arm ist. Im Gegenteil ist es der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, daß die Reichtümer nicht genutzt werden. Produziert wird, was Profit bringt.

Die Konkurrenz verschiedener Unternehmen führt zu Überproduktion und mörderischem Wettbewerb. Investitionen werden dann in anderen Branchen getätigt, in denen nach kürzester Zeit die gleichen Probleme auftauchen.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen wird das technische Niveau immer weiter erhöht. Allerdings nimmt der Anteil der menschlichen Arbeitskraft in der Produktion ab. Doch nur die Arbeitskraft kann neue Werte schaffen und ausgebeutet werden.

Durch weitere Ausdehnung der Produktion können die Kapitalisten die Probleme aufschieben, jedoch nicht beheben. Gemessen am eingesetzten Kapital sinkt die Profitrate. In Aufschwungsphasen des Kapitalismus ist es dennoch so, daß — in absoluten Zahlen gemessen — die Profite steigen. Damit ist spätestens Schluß, wenn in allen entscheidenden Branchen Überproduktion in Form brachliegender Kapazitäten herrscht und Waren nicht mehr profitabel genug abgesetzt werden können. Denn: Die Kapitalisten produzieren für den Profit und eben nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Das Wirtschafts„wunder“

Die Restauration des deutschen Kapitalismus war nur deswegen möglich, weil die Arbeiterbewegung die Chance des Übergangs zum Sozialismus versäumte. Die Verantwortung dafür trägt die Führung der großen Organisationen (DGB, SPD und KPD). Trotz radikaler Forderungen und Programme wurde die wirtschaftliche Macht des Kapitals nicht gebrochen.

Statt dessen stimmten dann SPD- und DGB-Spitze in den Chor der Bourgeoisie und ihrer Ideologen ein, um die „soziale Marktwirtschaft“ anzupreisen. Das Zeitalter der Krisen und der kapitalistischen Ausbeutung sei endgültig vorüber. Der Klassenkampf sei völlig überholt, da jetzt die „Sozialpartner“ im friedlichen Dialog das Gemeinwohl sicherten. Immerhin säße man in einem Boot.

Diese Illusion des permanenten Aufschwungs schlug sich im Godesberger Programm der SPD von 1959 nieder. Die Berufung auf den Marxismus wurde fallengelassen, die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus durch den Glauben an einen krisenfreien Kapitalismus ersetzt.

Die Wirklichkeit indessen sah anders aus. Die hohen Wachstumsraten der Wirtschaft von zum Teil mehr als 10% in den 50er und Anfang der 60er Jahre waren gegründet auf den niedrigen Lebensstandard der Arbeiter, hohe Arbeitslosigkeit und ein mangelhaftes soziales Netz. Erst danach trat eine spürbare Verbesserung in den Lebensverhältnissen der Arbeiter, im Vergleich zur Vorkriegszeit, ein. Und auch das waren keineswegs freiwillige Geschenke der Kapitalisten an die Arbeiter. Der Lebensstandard stieg an durch die Existenz starker Gewerkschaften, die eine ständige latente Bedrohung für die Unternehmer darstellten.

Die breite Masse der Arbeiter sah den wachsenden Lebensstandard und war zumindest zeitweilig bereit, dieses System zu akzeptieren, zumal auch die SPD- und DGB-Führer sie darin ermunterten. Lohnerhöhungen konnten in Verhandlungen und ohne große Kämpfe erreicht werden. Die Zahl der gewerkschaftlich und politisch aktiven Arbeiter sank auf ein Minimum.

Absolute Mehrheit der CDU/CSU

Zusammen mit dem rapiden Wachstum der Wirtschaft gelang es der herrschenden Klasse auch, stabile politische Verhältnisse herbeizuführen. Konrad Adenauer als Bundeskanzler und Ludwig Erhard als Wirtschaftsfachmann wurden zu Symbolfiguren bürgerlicher Herrschaft in Deutschland. So erzielten die Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 auch die absolute Mehrheit.

Adenauers Nachfolger, Erhard, 1965 noch als strahlender Wahlsieger gefeiert, mußte bei der ersten Rezession nach dem Krieg, 1966, abtreten. Die Arbeitslosigkeit war um

200.000 angestiegen, die Wirtschaft schrumpfte um 0,1%. Diese Flaute war so gefährlich, weil sie die ganzen Träume vom Wirtschaftswunder in Frage stellen konnte. Mit einer entschlossenen marxistischen Führung, bewaffnet mit einem klaren sozialistischen Programm und konkreten Perspektiven, hätten SPD und Gewerkschaften diesen Anlaß nutzen können, um durch eine breit angelegte Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Frauen und der Jugend die bürgerliche Regierung zu stürzen und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durchzuführen.

Doch unglücklicherweise entschied sich die SPD-Spitze zum Eintritt in eine große Koalition mit der CDU/CSU. Die Verantwortlichen im DGB versuchten, durch eine „konzertierte Aktion“ die Sozialpartnerschaft zu retten.

Immerhin ist es ein Zeichen der Schwäche, daß die Bourgeoisie die Zusammenarbeit mit der SPD-Spitze brauchte. Allerdings war die Enttäuschung an der SPD- und DGB-Basis groß.

SPD/FDP-Koalition

Bei den Wahlen 1969 erzielte die SPD mit Willy Brandt als Spitzenkandidaten und weitreichenden Reformversprechungen („durch permanente Reform zum demokratischen Sozialismus“) einen Wahlsieg. Die Erfahrungen mit der großen Koalition, internationale Ereignisse (französische Revolution im Mai 1968, Prager Frühling) brachten die Arbeiter zur verstärkten Stimmabgabe für die SPD. Doch leider wurde eine Koalition mit der kleinen Partei des großen Kapitals gebildet. Die FDP spielte fortan den Wachhund der Bourgeoisie in der SPD-geführten Regierung. Später berief sich in zunehmendem Maße der rechte Flügel in der SPD-Spitze auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der FDP, wenn Kritik von den eigenen Mitgliedern an der Regierungspolitik geübt wurde.

In jedem Fall kann gesagt werden, daß nach der ersten Rezession die Arbeiter sich wieder verstärkt der SPD zugewandt haben. Die CDU hat den Höhepunkt von 1957 danach nie wieder erreichen können.

Die SPD schaffte es, bis 1973/74 eine Reihe von Reformen durchzusetzen (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mitbestimmung, Ausbau des sozialen Netzes, Lohnzuwächse). Bei Einbruch der Rezession 1974/75, mit dem Macher Schmidt

als Kanzler wurde die Reformpolitik gestoppt. Die Unternehmer wollten sich bereits 1972 für die nächste Krise wappnen und eine CDU-Regierung etablieren, die voll die Krisenlasten auf die Arbeiter abwälzt. Doch der Barzel-Coup mit dem Mißtrauensvotum gegen Brandt scheiterte kläglich. Anschließend Neuwahlen brachten der SPD mit 46% das beste Ergebnis der Nachkriegszeit. Die Krise Mitte der 70er Jahre war international und in allen wichtigen Branchen wirksam und stellte den Wendepunkt des Nachkriegsbooms dar.

Reformismus ohne Reformen

Die SPD-geführte Regierung, völlig fixiert auf Reformen innerhalb des Kapitalismus, scheiterte an der Krise. Umverteilungsspielräume schwanden dahin, denn wenn man den Arbeitern Zugeständnisse machen wollte, mußte man den Kapitalisten etwas wegnehmen. Leider entschied sich die Schmidtregierung für die umgekehrte Lösung. Die reformistische Politik wurde zu Reformabbaupolitik. Die Unzufriedenheit der Arbeiter schlug sich in größeren Streiks nieder (z.B. 1978/79 Streik der Stahlkocher für die 35-Stundenwoche). Die Schmidt-Regierung saß zwischen den Stühlen. Die Kapitalisten waren mit Schmidts Versuchen, die Arbeiterklasse zu zähmen, unzufrieden und wollten bei den Wahlen 1980 Strauß zum Kanzler erheben. Doch dieser Erzreaktionär war so abstoßend, daß die SPD erneuten Zulauf erhielt und die Wahlen gewann. Für die SPD-Führung bekam in den folgenden Sparoperationen im Bundeshaushalt die FDP als Feigenblatt immer größere Bedeutung. Durch die Schmidt-Politik wurden wachsende Teile der Jugend abgestoßen und wanderten zu den Grünen ab.

Regierungswechsel

Die Wirtschaftskrise 1980/82 war die schwerste nach dem Krieg. Die Sockelarbeitslosigkeit, die seit 1975 bei 1 Mio. lag, wuchs auf über 1,5 Mio. an. Ganze Branchen drohten zusammenzubrechen. Unter dem Druck der Mitglieder mobilisierte der DGB im Herbst 1982 zu Massenkundgebungen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, die mit hunderttausenden Teilnehmern zu einem vollen Erfolg wurden. Ur-



Arbeiter kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze: Der offensive Streik um die 35-Stundenwoche war ein Wendepunkt.

vunder“

sprünglich gegen die SPD-geführte Regierung geplant, trafen sie mit voller Wucht die neu installierte Kohl-Regierung.

Wegen der Länge der Krise und weil kein unmittelbarer Ausweg in Sicht war, verloren die Unternehmer fast die Nerven. Auch die SPD-Spitze geriet immer stärker unter Druck der Mitglieder und Anhänger. In einem spektakulären Koalitionswechsel der FDP und Bildung einer CDU/CSU/FDP-Regierung suchten die Kapitalisten ihre Rettung. Im März 1983 fanden Bundestagswahlen statt. Durch aggressive Propaganda konnte die Union 48% gewinnen. Die SPD-Spitze hatte die Partei entwaflnet, da keine ehrliche Bilanz des Versagens der Schmidt-Regierung gezogen wurde. Der Wahlkampf wurde nicht zum Thema Arbeit geführt, da die SPD-Spitze nicht bereit war, einen sozialistischen Ausweg aus der Krise zu zeigen. Traurige 38% entfielen auf die SPD, der es nicht gelang, alle Stammwähler zur Urne zu bringen. Rückständige Schichten der Arbeiterschaft ließen sich zur Wahl der CDU verleiten.

Nach dieser Niederlage dachten viele, daß die CDU-Herrschaft lange andauern würde. Zumal dem Machtantritt der Kohl-Regierung ein kleinerer Aufschwung folgte. Allerdings wuchs zwar die Wirtschaft, doch gleichzeitig stieg auch die Arbeitslosigkeit an. Der unter Schmidt begonnene Sozialabbau wurde drastisch verstärkt fortgesetzt, wenn auch das Lamsdorff-Papier nur ansatzweise verwirklicht wurde.

Kampf um 35-Stundenwoche

Nachdem die ersten Aufschwungsmeldungen in der Regierungspropaganda auftauchten, wollten auch die Arbeiter und Angestellten wieder herausholen, was sie in den vergangenen Jahren verloren hatten. Die Reallöhne waren seit 1978 nicht mehr gewachsen.

Die bereits seit Jahren geplante Manteltarifrunde um die 35-Stundenwoche war ein Wendepunkt. Ein offensiver Kampf, der größte seit Anfang der 50er Jahre, der auf Grund starker Mängel in der Streiktaktik zwar nicht 35 Stunden durchsetzte, doch immerhin mit 38,5 Stunden das Tabu der Unternehmer durchbrach. Von den meisten Arbeitern wird dieser Erfolg gesehen, wenn auch die aktiven Streikteilnehmer wissen, daß mehr dringewesen

wäre. In jedem Fall offenbarte der Streik neben der gigantischen Kraft der Arbeiterbewegung leider auch erhebliche Schwächen in den Führungsspitzen.

Die eindeutige Stellungnahme Kohls („Die 35-Stundenwoche ist dumm und töricht.“) trug neben den Rekorden bei den Arbeitslosenzahlen (Spitze: 2,6 Mio. offiziell) und ständigen Skandalen dazu bei, die politische Grundlage der Regierung zu untergraben. Dem relativen Sieg in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ließen die Arbeiter Wahlsiege der SPD im Saarland und in NRW folgen. Die Unkenrufe des rechten Flügels der SPD (Wehner: „Bis zum Jahre 2000 erhält die SPD keine Mehrheiten.“) erwiesen sich als unbegründet. Mit Ausnahme von Berlin, wo der rechte Flügel der SPD mit Äpfel zielstrebig den 30%-Turm ansteuerte. Mit einem Spitzenkandidaten wie Lafontaine, der es wagte, heiße Eisen anzupacken (Generalstreik gegen Raketenstationierung, Nato-Austritt, Verstaatlichung von Arbed-Saarstahl) war sogar die absolute Mehrheit möglich.

52,1% SPD-Mehrheit am 12. Mai

zeigen die Möglichkeiten für die SPD. Mit einem sozialistischen Programm wären sogar 60-70% drin gewesen. Die Tatsache, daß die Arbeiter die politische Niederlage bei den Bundestagswahlen 1983 so schnell überwunden haben, ist ein deutliches Zeichen für die politische Reife der Arbeiterklasse. Unabhängig davon, ob die SPD- und DGB-Spitze im Oktober/November die Chance nutzt, die CDU-Regierung sofort zu stürzen: weitere Wahlsiege der SPD stehen bevor. In Niedersachsen und bei den nächsten Bundestagswahlen wird sich die Empörung der Arbeiter über die CDU-Politik in massiver Stimmabgabe für die SPD niederschlagen.

Kommende Rezession

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft war mäßig. Zwar gab es Wachstumsraten von 2-3%, doch wuchsen ansonsten vor allem die Profite und — die Arbeitslosigkeit. Und vorwiegend die am meisten exportorientierten Branchen (Auto, Maschinenbau, Elektronik) waren die Motoren des Mini-Booms. Die Ursache: gesteigerte Lieferungen in die USA wegen des hohen Dollar-Kurses. Reagans waghalsige Politik (riesige Staatsverschuldung, Hochzinspolitik) wird dem Einbruch der nächsten Rezession zu dramatischen Auswirkungen verhelfen. Ein abstürzender Dollar-Kurs und verstärkte Abschottung des US-Marktes werden die deutsche Wirtschaft sofort treffen, denn in der BRD hängt jeder dritte Arbeitsplatz vom Export ab. Schon jetzt steht manchen Industrien das Wasser bis zum Hals (z.B. Baugewerbe, Stahl, Kohle). In der Autoindustrie bahnt sich ein mörderischer Konkurrenzkrieg an, da riesige Überkapazitäten aufgebaut wurden.

Die nächste Krise steht im Frühjahr 1986 bevor. Die Arbeitslosigkeit wird durch Massenentlassungen und Betriebsstillegungen auf 3-4 Mio. offiziell anschwellen. In der Rezession 1980/82 wehrten sich die Arbeiter mit einer ganzen Serie von Kämpfen. Es gab eine Welle von Betriebsbesetzungen.

Den Vorschlägen, jetzt den Gürtel noch einmal enger zu schnallen, damit es später angeblich besser wird, werden die Arbeiter mit wachsen-

dem Mißtrauen entgegnetreten. Neben den ohnehin anstehenden Lohnrunden wird es eine Reihe spontaner Kämpfe bis hin zu erneuten Betriebsbesetzungen geben. Radikale Forderungen, wie die Verstaatlichung der Stahlindustrie, haben bereits jetzt Eingang in die Gewerkschaften und die SPD gefunden. Immer mehr Arbeiter und Jugendliche werden die Notwendigkeit der aktiven Mitarbeit in DGB, SPD und Jusos erkennen. Ein linker Klassenkämpferischer Flügel in den Massenorganisationen wird sich herausbilden und ein klares sozialistisches Programm verlangen. Der Einfluß marxistischer Ideen wird zunehmen.

SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm

Die CDU-Regierung wird noch weiter an Boden verlieren und einer SPD-Regierung Platz machen müssen. Wichtig ist jedoch, daß die SPD die momentane Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm nutzt, um die Erfahrungen aus der Zeit der Schmidt-Regierung zu verarbeiten. Ohne die Schalthebel der Wirtschaft zu übernehmen, lassen sich erkämpfte Reformen im Kapitalismus nicht dauerhaft absichern. Die kommende Rezession wird wachsenden Teilen der arbeitenden Bevölkerung die Notwendigkeit einer demokratisch kontrollierten und geplanten Wirtschaft vor Augen führen. Das erfordert die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen.

Viele Arbeiter werden von der neuen SPD-Regierung sehr viel erwarten. Sollte jedoch eine neue SPD-Regierung unter Johannes Rau den Bedürfnissen der Arbeiter nicht genügend Rechnung tragen, werden die Arbeiter nach einer gewissen Schonfrist der SPD-Regierung den Weg zur Erfüllung ihrer Forderungen nach Arbeit und gesicherten Lebensverhältnissen für Alle zeigen müssen, nämlich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Leo Schiffer
SPD-Mitglied



in die Krise



Lafontaines Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie verhalf der SPD an der Saar zur absoluten Mehrheit.

Großbritannien

Thatcher treibt Städte in den Bankrott

Eine der größten und einst der mächtigsten Städte Großbritanniens erlebt seit Jahrzehnten einen tragischen Niedergang. „Es ist eine Katastrophe und es wird immer schlimmer“, beschrieb der „Guardian“ die Wirtschaftslage der Stadt. 100.000 Arbeitslose und über 40% Jugendarbeitslosigkeit sind die örtlichen Folgen eines bankrotten kapitalistischen Systems. Hier existieren Slum-Behausungen, die von EG-Fachleuten mit den Elendsvierteln auf Sizilien in einem Atemzug genannt werden.

Da spürt jeder Sozialist die Wut im Bauch — aber was die bürgerliche Presse und Strategen des Finanzkapitals plötzlich so empört ist die Tatsache, daß die Liverpools Bevölkerung einen sozialistischen Stadtrat, geprägt von den Marxisten der Zeitung „Militant“, gewählt hat, der sein Wahlprogramm zugunsten des „Kleinen Mannes“ durchsetzt.

„Wir bekamen ein Mandat von der Liverpools Bevölkerung, keine Kürzungen im Dienstleistungsbereich, keinen Abbau von Arbeitsplätzen durchzuführen, sondern erhöhen. Dies sollen wir auch vollenden.“ erklärte der Vorsitzende ten noch die Gemeindegebühren zu erhöhen. Dies sollen wir auch vollenden.“ erklärte der Vorsitzende der Liverpools Labour Party und Militant-Anhänger Tony Mulhearn.

Auch in England sollen die Städte die Krise des Kapitalismus ausbaden durch drastische Einsparungen, die zur echten Verelendung und spontanen Ausschreitungen frustrierter Jugendlicher führen. Da machten die von den Marxisten geführten Stadträte nicht mit und — VORAN berichtete in der letzten Ausgabe — beschlossen einen defizitären, also nicht voll gedeckten Haushalt, was den Tory-Gesetzen nicht entspricht. Hätten sie das nicht getan, wären Massentlassungen im öffentlichen Dienst sowie Sozialabbau vorprogrammiert gewesen — aber „legal“, wie das übrige von den Konservativen verursachte Elend.

Damit treffen sie aber den Lebensnerv dieses Wirtschaftssystems und seiner Regierung. Sie stellen die gesamte Politik des Kapitals in Frage und fordern die Übernahme der Großbanken, die die Städte und Kommunen mit ihrer Kreditpolitik ausbluten lassen, sowie eine demokratische Planwirtschaft. Gleichzeitig fahren sie unbeirrt fort, neue Wohnungen zu bauen, die Dienstleistungen zu verbessern, neue Stellen einzurichten usw. Daß sie dafür ins Gefängnis gehen könnten, wissen sie

schon lange.

Doch da zögert die Regierung, das würde ja die riesige Kluft zwischen der „Gesetzlichkeit“ der Regierung und dem Gerechtigkeitsgefühl der Massen offenbaren und wäre das Ende der Tory-Regierung. Laut „Guardian“ wäre Thatcher bereit, den Kredithahn soweit zudrehen zu lassen, daß nur noch allernotwendige Leistungen wie die Beerdigung der Toten — eventuell durch Freiwillige — durchführbar wären. Das Schicksal der Lebenden scheint sie weniger zu interessieren!

Die Stadträte, die Labour Party und die Gewerkschaften stehen jetzt vor dem Bankrott und haben den mühsamen und zum Teil verstrickten Kampf um Kreditbeschaffung aufgenommen und — in Absprache mit dem Gesamtvertrauenskörpersausschuß (Joint Shop Stewards Committee) aller Gewerkschaften der Stadt die taktische „Entlassung“ sämtlicher städtischer Bediensteter beschlossen, was wiederum aus finanziellen Gründen ihnen die Gehälter drei Monate lang gewährleistet.

Die Arbeiter Liverpools akzeptieren diese Taktik, denn sie ist Teil einer Doppelstrategie. Gleichzeitig läuft nämlich eine Mobilisierung zum Jahresende hin, um einen Generalstreik durchzuführen, der — sollte die Regierung nicht nachgeben — auch unbefristet sein könnte. Die Arbeiter demonstrieren immer wieder ihre Solidarität mit dem Stadtrat. Leider kann man das nicht von allen Gewerkschaftsführern sagen, insbesondere den Führern der Angestelltengewerkschaft NALGO.

Ende September war schon zu ei-



nem eintägigen Generalstreik aufrufen, der auch gut befolgt wurde. Im Arbeiterbereich gab es sogar eine Mehrheit für einen unbefristeten Streik, jedoch noch nicht im von der NALGO kontrollierten Angestelltenbereich. In der Lehrgewerkschaft NUT und einer weiteren Angestellten-Gewerkschaft (NUPE) wurde eine Urabstimmung von den Gewerkschaftszentralen aus verboten. Unter diesen Umständen ist der Ausgang der Urabstimmung (7.200 für unbegrenzten Streik, 8.100 dagegen) ein sehr gutes Ergebnis. Der Stadtrat ist sicher, bis Dezember eine Mehrheit hinter sich zu bringen.

In einer unglaublichen und unheimlichen Allianz stehen jetzt den kampfbereiten Arbeiterführern der Stadt Konservative, Liberale, Bischöfe, die „Kommunistische“ Partei und auch die rechte nationale Labour Party Führung gegenüber. Aber der Wille der Liverpools Arbeiterbewegung ist ungebrochen. Die „Sunday Times“ veröffentlichte eine Umfrage, in der — trotz aller Belastungen und Opfer — 55% bei der nächsten Wahl Labour wählen würden!

Sozialistische Parteien sollten das Gedächtnis der Arbeiterbewegung, ihrer Prinzipien und kostbarsten Lehren sein. Der Kampf des Liverpools Stadtrates gegen die Thatcher-Regierung ist hierfür ein internationales Signal von beispielloser Standhaftigkeit. Mit einer nationalen Kampagne aller Labour-Städte und Gemeinden, unterstützt von den Gewerkschaften — vor allem im öffentlichen Dienst —, mit einem sozialistischen Programm kann man Mehrheiten gewinnen! So kann man die brutale Thatcher-Regierung loswerden und dem Elend dieses Profit-systems ein Ende setzen.

Greg Powell, Lübeck
SPD-Mitglied

Die Reformen der Liverpools „Extremisten“

- Rettung von 1.000 Arbeitsplätzen durch die Weigerung, 3% der Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen
- Schaffung von 1.000 neuen Arbeitsplätzen durch Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen (mehr Kindertagesstätten-Plätze und ähnliches)
- Schaffung 100 neuer Lehrstellen bei Erhöhung der Lehrlingsbezüge und garantierten Arbeitsplatz nach der Ausbildung
- Neubau von 2369 städtischen Häusern mit Sozialwohnungen; das Wohnungsbauprogramm soll noch auf insgesamt 4000 neue Wohnungen aufgestockt werden, was Arbeitsplätze für 16.000 Bauarbeiter schafft
- Pläne, einen Mindestlohn von 100 Pfund wöchentlich (400 DM pro Woche) sowie die 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst einzuführen
- Aufstockung der Gelder für Wohnbeihilfen, Altbauomodernisierung und Wohngelderhöhung

Fazit: Die „radikalen“, „extremistischen“, nur „auf die Revolution“ bedachten Militants aus Liverpool sind derzeit die einzige politische Strömung in Großbritannien, die noch Reformen durchführt!

Parteitag

Welche Alternative hat Labour?

Über den letzten Labour Parteitag wurde in den bundesdeutschen Medien viel berichtet. Vor allem unter dem Motto: Labour-Führer Neil Kinnock habe mit der „extremen Linken“ abgerechnet und „Profil“ gewonnen. Doch Tatsache ist, daß zwei Themen den Parteitag völlig beherrschten, die Kinnock und der Labour-Rechten alles andere als angenehm waren: Der Bergarbeiterstreik und der Kampf Liverpools gegen Thatcher.

Arthur Scargill, der kämpferische Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM, verlangte von einer zukünftigen Labour Regierung die Rückzahlung der von den Tory-Gerichten auferlegten Geldstrafen.

Kinnock gegen Scargill

Neil Kinnock und seine Anhänger sahen hierin die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung gefährdet. Kinnock legte sich — begeistert gefeiert von der bürgerlichen Presse — gegen diesen Antrag weit aus dem Fenster. In seiner Rede machte er seine wahre Einstellung zum Bergarbeiterstreik deutlich: Er griff die Streikposten und die gewerkschaftliche Kampfstrategie frontal an.

Doch vergeblich: 58% der Parteitagsdelegierten unterstützten Scargills Antrag. Wenn der Antrag damit die 2/3 Mehrheit knapp verfehlt und so nicht automatisch ins Wahlprogramm der Labour Party aufgenommen wird, so ist diese Abstimmung doch ein deutlicher Erfolg der Parteilinken und eine Schlappe für Kinnock.

Kinnock gegen Liverpool

Auch in seinem Auftritt gegen die kämpferischen Liverpools Stadträte erwies sich Kinnock, der seinen Parteiaufstieg auf dem halblinken Flügel begann, als Vertreter der Rechten. (Solche „Diagonalkarrieristen“ sind auch in der SPD nicht unbekannt — Anm. d. Red.)

Genau wie die gesamte bürgerliche Presse hat auch Kinnock die Lüge verbreitet, die Liverpools Stadträte führten die Stadt in den Bankrott, entließen 30.000 Stadtangestellte und führten selbst ein luxuriöses Leben, ließen sich in Taxis umherkutschieren u.ä. Diese Politik schreckte Wähler ab. Tatsache dagegen ist:

1. Die Tories haben Liverpool in den Bankrott getrieben, indem sie unter früheren Tory-Liberalen Stadtratsmehrheiten von 1979 bis 82 — 4.400 Stadtbedienstete entließen — die kommunalen Abgaben und Gebühren um 100% erhöhten, die Sozialmiete um 120% — den Niedergang der veralteten Industrie mit dem Verlust von 55.000 Arbeitsplätzen zu verantworten haben.
2. Die von der marxistischen Mili-

tant geführte Labour Party in Liverpool hat die Kommunalwahl 1983 gewonnen, bei den Nachwahlen 1984 auf 45% zugelegt und liegt zur Zeit laut Umfragen bei 55% (landesweit liegt Labour bei 37%). Soviel zum Thema Abrechnung.

3. Die Liverpools Parteifunktionäre sind weit vom luxuriösen Leben entfernt. Alle nehmen Bußgelder und Haftdrohungen der kommunalen Aufsichtsbehörde in Kauf. Alle spenden ihre Ratszulagen an den Spendenfond für den Liverpools Kampf gegen Thatcher. Der Militant-Anhänger und Liverpools Abgeordnete im Unterhaus wurde mit dem Wahlslogan „Ein Arbeitervertreter mit Arbeiterlohn“ ins Parlament gewählt und spendet alle Diäten, die über einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn hinausgehen, an Partei und Gewerkschaft!

4. Der Liverpools Stadtrat hat erklärt (und bleibt dabei), daß kein einziger Angestellter entlassen wird. Da er jedoch von den Banken erpreßt wurde, die die Auszahlung bereits vereinbarter Kredite sperren wollten, war er gezwungen, die Ankündigungen von Entlassungen im Dezember herauszuschicken, da dann die Finanzmittel des Haushalts 85/86 erschöpft sind. Er erklärte jedoch gleichzeitig, daß die Ankündigungen nur aus formalrechtlichen Gründen nötig wären, die Entlassungen keinesfalls durchgeführt würden. Die Liverpools Bevölkerung hat diese Taktik verstanden, wie die Umfragen zeigen. Neil Kinnock anscheinend nicht.

Bereits auf dem Parteitag 1984 wurde ein Antrag verabschiedet, der allen Stadträten Unterstützung gegen Strafandrohungen der konservativen Regierung zusagt. Auch in diesem Jahr stellte sich der Parteitag hinter den Kampf der Stadträte aus Lambeth (Stadtteil von London) und Liverpool, allerdings hier in sehr vager Form. Die Liverpools Stadträte, denen nicht an Konfrontation um ihrer selbst willen gelegen ist, zogen ihren Antrag zurück. Sie erhielten die Zusage, daß eine Delegation aus der Partei- und Gewerkschaftsführung Liverpool besuchen und nach gemeinsamen Lösungen suchen werde. Dabei machten die Liverpools klar, daß sie nur solche Lösungen mitzutragen bereit sind, die keine Arbeitsplätze gefährden und keinen sozialen Abbau nach sich ziehen.

Labour muß eine kämpferische, sozialistische Alternative anbieten, um mit den Tories und ihrem System Schluß zu machen. Darauf sollte sich auch Kinnock konzentrieren — und nicht auf den Kampf gegen einen Teil seiner eigenen Partei.

Von unserem englischen Korrespondenten



Jungsozialisten in vorderster Front gegen Thatcher

Internationale Werftenkrise

Schiffbau unter Arbeiterkontrolle!

Neben der Stahlindustrie ist der Schiffbau sowohl in der Bundesrepublik als auch international die von der Krise am schwersten betroffene Branche. In ganz Europa wurden in den letzten Jahren Betriebe dichtgemacht und Belegschaften reduziert. In den holländischen Hafenstädten, früher Hochburgen des Schiffbaus, wurden so massiv Arbeitsplätze vernichtet, daß z.B. in Rotterdam, immerhin der Welt größter Hafen, nur noch wenige tausend Werftarbeiter übriggeblieben sind.

Die Lage in der BRD ist davon kein bißchen verschieden: 16.000 Entlassungen in den letzten Jahren und weitere „Freisetzen“ und Werftenschließungen werden in den nächsten Jahren folgen. Zwar ist die Schiffbauindustrie im Vergleich zu anderen Bereichen der Wirtschaft in der BRD mit (noch) 54.000 Arbeitern auf den Werften, 80.000 in den Zulieferbetrieben und 3.000 Arbeitsplätzen in den Forschungsbetrieben ein relativ kleiner Bereich, doch ist die Industrie auf wenige Gebiete konzentriert.

Seitdem der Nachkriegsaufschwung 1974/75 sein jähes Ende fand und von der ersten großen Krise seit Kriegsende abgelöst wurde, sind die Profite für die Unternehmer in der europäischen Werftindustrie nicht mehr gesichert. Infolgedessen üben die Unternehmer Druck auf ganze Regionen aus, indem sie mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen drohen. So haben sie Millionen von Subventionen abkassiert, die entgegen ihrer eigentlichen Bestimmung der Werftindustrie überhaupt nicht, dafür aber um so mehr den Unternehmerprofiten geholfen haben:

Eine Strategie des Kapitals und seiner Regierungen ist es gerade, in der Schiffbauindustrie zu versuchen, verschiedene Länder und auch Gebiete gegeneinander auszuspielen. So wird in der Bundesrepublik Ländern wie Südkorea, Japan, oder auch Griechenland die Schuld für die hiesige Krise in die Schuhe geschoben, in England wird die holländische oder auch die spanische Schiffbauindustrie dafür verantwortlich gemacht usw. usf.

Es wird versucht, den Arbeitern vorzugaukeln, „ihre“ nationale oder regionale Industrie ließe sich retten.

Die Arbeiterbewegung darf sich nicht auf diese Strategie einlassen, nicht nur, weil sie internationale Solidarität praktizieren wollen, weil das so schön klingt, sondern weil das nicht einmal der Nation oder Region hilft, die zu Anfang scheinbar im Vorteil ist.

Der internationalen Krise des Schiffbaus und den internationalen Angriffen des Kapitals müssen auch internationale Alternativen und die einheitliche Gegenwehr der Arbeiter entgegengestellt werden. Hierbei geht es nicht nur um Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung, sondern vor allem darum, daß Auswege aus der Krise international durchgesetzt werden, da Lösungen auf Grundlage eines einzelnen Landes vollkommen utopisch sind.

Der Widerstand gegen Entlassungen und Schließungen muß sofort im internationalen Maßstab organisiert werden. Gewerkschaften und Arbeiterparteien (in der BRD DGB und SPD) müssen ein Programm für die Schiffbauindustrie annehmen müssen, welches nicht nur Schein- oder kurzfristige Lösungen wie Subventionen an private Unternehmer oder die bisher praktizierte Art der Ver-



Ob Stahl oder Schiffbau, ob Spanien, Griechenland, Belgien oder Deutschland: Die Arbeiter wehren sich!

staatlichung fordert, sondern welches kompromißlos für Arbeiterinteressen eintritt:

- ▶ Klar muß sein, daß keine einzige Schließung oder Entlassung zugelassen werden darf
- ▶ Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre mit einer Rente, die 100% des vorherigen Lohnes beträgt, sind die ersten Schritte, um die vorhandene Arbeit sinnvoll und planmäßig zu verteilen.
- ▶ Den Belegschaften muß die Gelegenheit gegeben werden, alternative Produkte zu planen und herzustellen
- ▶ Um diese für den Schiffbau lebenswichtigen Maßnahmen durchzusetzen und zu verhindern, daß die Werften am Profitinteresse der Unternehmer kaputtgehen, muß die gesamte Schiffbauindustrie in der

BRD (und auch die anderer Länder) verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden

- ▶ Ein Rat aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaften und des Staates muß gewählt werden, der einen Produktionsplan für den Schiffbau aufstellt und diesen mit dem anderen Länder koordiniert, um so das Konkurrenzprinzip auszuschalten und eine internationale Planung zu ermöglichen
 - ▶ Um zu gewährleisten, daß die Banken die für den Erhalt der Werften nötigen Kredite gewähren und die Zulieferbetriebe erhalten bleiben, müssen auch diese verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden, denn nur das kann die Kontrolle der Arbeiter und des Staates über den Schiffbau sicherstellen.
- Diese Lösungen sind nicht ohne

Kampf durchzusetzen. Der Widerstand der Unternehmer gegen diesen Weg, der die Vorteile einer geplanten Wirtschaft aufzeigt, wird besonders heftig sein. Doch Kämpfe wie jüngst in Griechenland zeigen den Arbeitern in ganz Europa, daß etwas erreicht werden kann. In Piräus, dem größten Hafen des Landes, erzwangen die Arbeiter durch Streiks und Betriebsbesetzungen, daß die Regierung den Schiffbau verstaatlichen. So retteten sie ihre Arbeitsplätze.

Auch in Deutschland werden viele Werften gezwungen sein, um ihre Existenz zu kämpfen. Die großartige Tradition der Kämpfe bei HDW und AG Weser wird so auf höherer Ebene fortgesetzt werden können.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

Arbeiterbewegung und Klassenjustiz

Ein „unabhängiger“ Richterspruch



Vielleicht erinnert sich noch mancher Aktivist daran, wie der stuttgarter Gewerkschaftssekretär Horst Bekel, während des 35-Stundenwochenstreiks von einem Kleinlastwagen überrollt wurde.

Gegen den Fahrer wurde Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben — eine sehr milde Anklage, wenn man bedenkt, daß der Fahrer auf die Streikposten losfuhr, und nachdem er Horst Bekel überrollt hatte, noch einmal vor- und zurücksetzte — so sahen es jedenfalls mehrere Augenzeugen.

Doch das Stuttgarter Amtsgericht

mochte sich überhaupt nicht mit der Angelegenheit befassen und beschloß jetzt die Einstellung des Verfahrens. In der Begründung heißt es, die Bildung einer Menschenkette und der Versuch, die Durchfahrt zu verhindern, sei eine aggressive Handlung. Und: „Ein Zurückweichen vor dieser aggressiven, anmaßenden Gewalt muß dem Angeeschuldigten deshalb nicht zugemutet werden“, heißt es im Urteil, obwohl ausdrücklich festgestellt wird, daß ihm dadurch keine finanziellen Nachteile entstanden wären. Dennoch geht das Gericht davon aus, der Fahrer habe „durch langsames

Vorwärtsrollen mittels Stotterbremse sein Notwehrrecht“ ausgeübt! Weiter ermittelten die weisen Richter: „Das zum Unfall führende Ereignis stellt keine Handlung des Angeschuldigten dar.“ Vielmehr stütze sich das Gericht hier auf Teile von bestimmten Zeugenaussagen, nach denen Horst Bekel im allgemeinen Chaos um das Auto herum plötzlich „umgefallen“ sei. Alles war eine unglückliche Verkettung von Umständen, natürlich hervorgerufen durch die „gereizte“ Stimmung der Streikposten, die das Gericht mit viel Mühe nachzuweisen versuchte.

Jedenfalls: Der Fahrer hätte zwar beinahe einen Menschen umgebracht — manche haben das Ganze einen Mordversuch genannt — doch er tat es für höhere Güter: „Ein milderer Mittel zur Durchsetzung seiner Einfahrt in das Betriebsgelände stand ihm nicht zur Verfügung. Ihm war auch nicht zuzumuten, sein Vorhaben zur Einfahrt gänzlich aufzugeben“. Denn: „Er befand sich in Ausübung seines seinem Lebensunterhalt dienenden Berufes“.

Wenn also demnächst in irgendeinem Betrieb ein Arbeiter seinen Chef einen Kopf kürzer macht, weil er ihn entlassen und damit an der Ausübung seines dem Lebensunterhalt dienenden Berufes hindern will, so wird dieser Arbeiter in Anbetracht der Objektivität und Unabhängigkeit „unserer“ Richter sicher ebenfalls mit viel Verständnis rechnen können...

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Im Stuttgarter Süden erblickte in der 3. Septemberwoche eine neue JUSO-AG (Süd) das Licht dieser dadurch wieder hoffnungsvoller erscheinenden Welt.

Seit dem Frühjahr war das Interesse an einem Neuanfang im Süden unüberhörbar, und so bereiteten wir im Sommer die Gründung vor. Wir wollten einen guten Start hinlegen, daß uns nicht schon bald die Luft ausgeht. Denn wir haben für gemächliches Auf-der-Stelle-Treten heutzutage keine Zeit. Das weiß jeder, dem bei der laufenden Umwelt und Arbeitsplatzvernichtung schon mal flau im Magen wurde.

Wir beschlossen, ein Fest und eine förmliche Gründungsversammlung zu veranstalten.

Das Motto lautete: „Let's fetz für Arbeitsplätze“. Stand am Anfang der Vorbereitung noch die Suche nach Ideen, so steckten wir bald tief in der Praxis: Flugblätter und Plakate entwerfen und verbreiten, nebenher Sketche entwickeln und proben und so weiter. Mit Hausbesuchen gewannen wir wichtige Eindrücke von der Stimmung und Struktur der Bevölkerung im Stadtteil.

Die Vorbereitung machte trotz etwas Stress Spaß und auch die Gründungsversammlung verlief recht erfolgreich, nicht zuletzt durch das Interesse im Ortsverein der SPD, der ohnehin wichtige Unterstützung leistete.

Samstag-Abend: Etwa 150 Zuschauer, meist zwischen 15 und 30 Jahre alt, verfolgten die neuesten Berichte aus dem gesellschaftlichen Leben der BRD, leicht aufgearbeitet durch die Jusos. „Nachrichten“ stimmten z.B. ein: „Brüssel: Die EG hat 20 Millionen Mark zur Entwicklung von Obstsorten zur Verfügung gestellt, die sich nach der Reife selbst vernichten.“ Prominente „Gäste“ aus Bonn klärten über Vorgänge hinter den Kulissen auf. Für Stimmung bis in die Nacht sorgte die Rockgruppe „Else But“. Nebenher führten wir Gespräche und 30 Leute hinterließen ihre Adresse für weitere Infos. Besuch hatten wir auch von anderen AG's und Gewerkschaftern.

Let's fetz für Arbeitsplätze - weg von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, gegen Kohl und Kapital. Dazu benötigen wir eine aktive Jugend - das war der Inhalt der Aktion und bleibt es in der nächsten Zeit. Wir werden in der DGB-Aktionswoche dabei sein. Dazwischen gehen wir auch mal zusammen ins Kino oder trinken zusammen Kaffee, weil das Ganze dann noch mehr Spaß macht.



DGB-Beschäftigungsprogramm bleibt im Rahmen der Marktwirtschaft

Selbstbestimmung statt Mitbestimmung

Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Angriffe auf Arbeitnehmerrechte — das ist unser Alltag im ehemaligen „Wirtschaftswunderland“. Auf Millionen von Flugblättern und Broschüren zur Aktionswoche prangert der DGB die Schuldigen an: Die Kohlregierung!

Aber welche Alternative, welchen Weg aus der Krise bietet der DGB seinen knapp 8 Millionen Mitgliedern und der Arbeiterklasse insgesamt an?

Im Einzelnen ist an folgende Maßnahmen gedacht:

►Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) soll 5 Jahre lang jeweils 10 Milliarden DM zusätzlich investieren — vor allem im Umweltschutz, bei den sozialen Diensten, im Wohnungs- und Städtebau, im öffentlichen Verkehr und im Bildungswesen.

►Damit soll der Staat jedoch nur die Lücken schließen, die die privaten Unternehmer offenlassen. Diese sollen ihrerseits dazu motiviert und gezwungen werden, beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele bei ihren Investitionen zu beachten. Dies soll nach Vorstellung des DGB durch staatliche Auflagen an die Unternehmen, durch gesetzliche Gebote und Verbote sowie durch eine entsprechende Steuer- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand erreicht werden. Ebenso sollen weitere öffentliche Subventionen an die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gebunden sein.

►Eine solche „aktive Beschäftigungspolitik“, die zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen im privaten und staatlichen Bereich führt, soll dann ergänzt werden durch wei-

tere Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche, Vorruhestand), die ebenfalls zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen würden.

►Eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer soll schließlich dafür sorgen, daß die Einführung neuer Techniken in den Betrieben nicht zunehmende „Leistungsverdrückung“ (z.B. Arbeitshetze) und Arbeitsplatzabbau nach sich zieht, sondern Entlastungen der Beschäftigten und Neueinstellungen.

Wer soll zahlen?

Natürlich muß jeder aktive Gewerkschafter die scharfe Kritik des DGB an der katastrophalen Politik der Regierung unterstützen. Selbstoffen und solidarisch die Frage zu stellen, ob das vorgeschlagene Maßnahmenbündel die Probleme wirklich an der Wurzel packt und damit auch lösen kann.

Das erste Problem liegt in der Finanzierung des staatlichen Investitionsprogramms. Wer soll die geforderten 10 Milliarden DM jährlich aufbringen? Es gibt letztlich nur zwei Möglichkeiten — entweder die

Unternehmer oder die Arbeiter. Denn der Staat kann sich das Geld für seine Ausgaben grundsätzlich nur von einer der beiden Klassen über Steuern, Abgaben oder ähnliches hereinholen. Es sei denn, er betätigt die Notenpresse, was dann eine Inflation nach sich zieht, deren Lasten größtenteils auch wieder die Arbeiterklasse zu tragen hätte.

Natürlich schwebt der DGB-Führung vor, hauptsächlich die Kapitalisten und Spitzenverdiener für die Finanzierung des staatlichen Beschäftigungsprogramms zur Kasse zu bitten. Aber wie verträglich das mit der Zielsetzung, gerade diese Herrschaften zu motivieren, mehr zu investieren und damit die Wirtschaft in Schwung zu bringen?

Investitionsbereitschaft

Von der Investitionsbereitschaft der Unternehmer hängt nun einmal in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung alles ab — vor allem auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Nicht umsonst führt die Kohl-Regierung seit 3 Jahren ein massives Umverteilungsprogramm zugunsten des Kapitals und der Reichen durch. Kein Unternehmer investiert, wenn seine Profite nicht stimmen. Die Quintessenz: Wer den Bossen nicht die Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht streitig machen will — und davon ist im DGB-Programm leider nicht die Rede —, der muß sich wohl oder übel darauf einstellen, sie bei Laune zu halten.



DGB muß auf Kampfkraft der Basis vertrauen!

Das zweite — mit dem ersten eng verbundene — Problem besteht in der (naïven!) Vorstellung, unter anderem durch staatliche Auflagen sowie gesetzliche Ge- und Verbote die Unternehmen motivieren oder gar zwingen zu können, bei ihren Investitionen beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele zu beachten. Es bleibt demgegenüber eine Tatsache, daß die Regierung in einer „freien Marktwirtschaft“ keinen Unternehmer zwingen kann, bestimmte Investitionen vorzunehmen, zusätzliches Personal einzustellen oder irgendwelche Auflagen zu erfüllen.

—Für das Verhalten der Kapitalisten ist einzig und allein der Profit entscheidend. Sind aber öffentliche Aufträge, bzw. Investitionshilfen wegen der mit ihnen verbundenen Auflagen nicht attraktiv, kann an ihnen nicht genügend verdient werden, dann werden sie eben nicht wahrgenommen. Das kann bis zum weitgehenden Investitionsboykott und zur „Kapitalflucht“ ins Ausland gehen.

Auch die Forderung nach erweiterten Mitbestimmungsrechten für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften ist zwar gut gemeint, verfehlt aber die heutigen Realitäten. Eine gleichberechtigte Mitwirkung an den wirtschaftlichen Entscheidungen hat nur dann einen Sinn, wenn es eine Basis für gemeinsames Handeln gibt. In der jetzigen Periode geht es dem Kapital jedoch um die Sanierung seiner Profite zu Lasten des Lebensstandards der breiten Masse der Bevölkerung, um die Abwälzung sämtlicher Krisenlasten auf die Ar-

beiterklasse, um die Schwächung, ja letztlich Brechung der Macht der Gewerkschaften. An dieser Politik des Kapitals „mitbestimmen“ zu wollen, wäre eine glatte Selbstaufgabe und verbietet sich von vornherein. Gegen diese Politik kann es nur eine Devise geben: Selbstbestimmung statt Mitbestimmung!

Weltweite Krise

Die Logik des Kapitals findet ihren konsequenten Ausdruck in der gegenwärtigen arbeitnehmerfeindlichen Politik der Regierungen in Washington, London, Bonn usw. Der Kapitalismus ist weltweit in eine langfristige Krise eingetreten, die der Arbeiterklasse nur noch die Aussicht auf Lohnkürzungen, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Armut eröffnet.

Wenn die Arbeiter diese Perspektive abwenden wollen, dann bleibt ihnen nur ein Weg: Eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind und die Wirtschaft demokratisch von den Arbeitern geplant wird. In einer solchen Wirtschaftsordnung können die Investitionen im gesellschaftlichen Interesse gesteuert, die notwendige Arbeit auf alle gleichmäßig verteilt und ein angemessener Lebensstandard für alle Bevölkerungsschichten garantiert werden.

Joachim Heuck, Hamburg
SPD-Mitglied

Neuwahlen

Fortsetzung von Seite 1

Die Kohlregierung ist das Gruselkabinett des großen Geldes und daher organisch unfähig, Forderungen der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Es führt kein (Verhandlungs-) Weg daran vorbei, daß wir sie schnellstmöglich stürzen müssen. Die jetzt erreichte Information und Mobilisierung der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten muß weiter ausgebaut werden.

Nachdem der DGB die Aktionswoche organisiert hat, ist jetzt vor allem die SPD gefordert, den hier zum Ausdruck kommenden Protest in die Parlamente zu tragen, indem sie zum Beispiel ein Mißtrauensvotum beantragt. Schon im Herbst 1972 und im Winter 1982/83 löste der Bundespräsident unter dem Druck der Stimmung einer eindeutigen Bevölkerungsmehrheit den Bundestag auf und setzte Neuwahlen an. Dies muß auch jetzt das Ziel sein — denn wir können uns diese Regierung keinen unnötigen Tag länger leisten.

Doch parlamentarische Vorstöße müssen begleitet werden durch eine koordinierte Massenkampagne für vorzeitige Neuwahlen, sonst werden sie wirkungslos verpuffen. Die SPD-Führung muß den gesamten Parteiapparat in Gang setzen und auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene bis hin zu jedem Ortsverein Veranstaltungen und Diskussionen organisieren; dabei muß beraten werden, durch welche Maßnahmen und Kampagnen die Kohlregierung zum Rücktritt gezwungen werden kann.

Durch eine Serie öffentlicher Veranstaltungen landauf, landab müssen die Forderungen und Ziele verdeutlicht werden.

Der Regierung muß klar gemacht werden, daß diese Kampagne ausgebaut und ein ernstes Zusammenwirken mit dem DGB angestrebt wird, wenn sie keine Neuwahlen festsetzt. Ein bundesweiter, eintägiger Proteststreik aller DGB-Gewerkschaften noch in diesem Jahr könnte ins Auge gefaßt werden. An diesem Tag könnte dann vor allem in örtlichen Versammlungen und Kundgebungen der Streikenden wie auch anderer Bevölkerungskreise (Rentner, Hausfrauen, Schüler, Studenten) die breite Unterstützung für die Forderung nach dem Sturz der Kohlregierung demonstriert werden.

Weiterhin ist wichtig, daß die SPD ihre Hochburgen in den Ländern und Kommunen für eine offensive Oppositionspolitik nutzt (siehe auch Seite 6). SPD-regierte Städte und Länder müssen eine vorbildliche Politik in Sachen Arbeitsplätze, Umweltschutz, soziale Sicherung betreiben und dürfen keinesfalls selbst zum Rotstift greifen. Die Umsetzung aller Spargesetze aus Bonn, die Länder und Gemeinden betreffen, muß konsequent abgeblockt und die Ausführung verweigert werden. Natürlich ist auch dieses nur im Rahmen einer breiten angelegten Kampagne möglich, die Unterstützung für eine solche Politik mobilisiert.

Aber eine erfolgreiche Abwehr von Sparmaßnahmen aus Bonn durch die SPD wäre ein dicker Nagel im Sarg der Kohlregierung. Eine von SPD und DGB organisierte Massenkampagne für vorzeitige Neuwahlen könnte so eine SPD-Alleinregierung ins Amt bringen.

Bundesweit hat die SPD gute Chancen, die absolute Mehrheit zu erreichen und die CDU/CSU unter die 40%-Marke zu drücken! Wenn im Saarland mit linken Forderungen aus dem Stand die absolute Mehrheit möglich war und in Nordrhein-Westfalen selbst ohne einen begeisterten Wahlkampf ein erdrutschartiger Wahlsieg zustande kam, dann sind bundesweit mit offensiver Politik und unter Einbeziehung aller Mitglieder und Anhänger weit über 50% drin!

Die nächste SPD-Bundesregierung darf aber diesmal die in sie gesteckten Erwartungen nicht enttäuschen. Sozialismus statt Sozialabbau muß Grundlage ihrer Taten sein! Denn die Erfahrung nach vier-einhalb Jahren „sozialistischer“ Alleinregierung in Frankreich zeigt eines ganz klar: Entweder übernehmen die Genossen in der Regierung die Schalthebel der wirtschaftlichen Macht — oder die Großkonzerne und Banken bestimmen auch weiterhin die Richtlinien der Politik!

Hans-Gerd Öfinger
SPD-Mitglied

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie Nr. 2500 59-430. PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 80 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name: _____

Anschrift: _____